



Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 25. März 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-08-0018

Unterbringung von Flüchtlingen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 19.03.2014 -

In letzter Zeit häufen sich Berichte über Attacken auf Asylbewerberheime. Daher stellt sich die Frage, ob die Unterbringung von Asylbewerber_innen in Privatwohnungen nicht sicherer für die Betroffenen wäre.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wer ist der gegenwärtige Eigentümer der Wiesbadener Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge?
2. Wie hoch ist die Miete, die pro Bewohner_in der Gemeinschaftsunterkunft an den Eigentümer gezahlt wird?
3. Wie viele Asylbewerber_innen leben aktuell in dieser Unterkunft und auf wie viele Wohneinheiten sind diese verteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Kopfzahl)?
4. Welche Sicherheitsvorkehrungen für die Bewohner_innen hat die Stadt Wiesbaden angesichts der Gefährdung durch neonazistische Attacken getroffen?

Beschluss Nr. 0032

Der Antrag von Linke&Piraten vom 19.03.2014 betrifft

Unterbringung von Flüchtlingen

wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2014

Apel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2014

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister